## Große Anfrage

## der Fraktion der FDP

## betr. zukünftige Steuerpolitik der Bundesregierung

## Wir fragen die Bundesregierung:

- 1. Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Freien Demokraten, daß das steuerliche Gesamtaufkommen der Bundesrepublik bei sinnvoller Verteilung auf Bund, Länder und Gemeinden ausreicht, um alle erforderlichen öffentlichen Aufgaben ohne weitere Verschuldung zu erfüllen und dadurch eine steuerliche Mehrbelastung zu vermeiden?
- 2. Wann wird die Bundesregierung die Vorschläge zum Abbau von Finanzhilfen und Steuervergünstigungen (Subventionen) vorlegen, zu denen sie nach dem Stabilitätsgesetz verpflichtet ist?
- 3. Wie steht die Bundesregierung zu den Vorschlägen in dem Gutachten des wissenschaftlichen Beirates des Bundesfinanzministeriums zur Reform der direkten Steuern, insbesondere zu der Anhebung der Steuersätze bei der Einkommen-, Lohn-, Körperschaft- und Erbschaftsteuer, die Beseitigung der degressiven Abschreibung und die Einschränkung bei den Sonderausgaben?
- 4. Wie steht die Bundesregierung zu den Erwägungen des Bundesfamilienministers zur Einschränkung des Splittings bei der Einkommensteuer?
- 5. Welches Verhältnis zwischen direkten und indirekten Steuern strebt die Bundesregierung im Rahmen der Steuerharmonisierung innerhalb der EWG an?

Welche direkten bzw. indirekten Steuern müßten dementsprechend bei gleichem Gesamtaufkommen beseitigt, gesenkt oder erhöht werden?

Bonn, den 5. Juli 1968

Mischnick und Fraktion